

Bezugspreis:

Bestellh. 20.- Mtl. monatl. 1.00.- Mtl.
für ins Haus, vorwärts zahlbar. Post-
bezugs monatlich 1.00.- Mtl. zgl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.00 Mtl.
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Zustellung 21.00 Mtl. Postbe-
tragungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Jugoslawien, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Postleisungs-Preisliste.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich gemeinl. Sonntags und Wen-
tags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kedaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 14. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile
kostet: — M., Kreuzungsanschlag 50%
„kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1.— M., laufende zwei-
spaltige Zeile, jedes weitere
Wort 60 Hg., Einzelzeile und
Schlusszeile jedes das erste Wort
50 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Spalten. Kreuzungsanschlag 50%
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Seite 2.— M., politische und ge-
werkschaftliche Beiträge: Anzeigen
1.— Mtl. die Zeile ohne Aufschlag
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Lagergeschäft, Berlin SW. 1, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
nach 3 Uhr nach 1/2 Uhr abwärts.
Während des Streiks erhöhte Preise.

Sozialdemokratie und Volksernährung.

Raffel, den 14. Oktober, vormittags.
Vierter Sitzungstag.

Die Sympathieerklärung für die um ihr Deutschtum kämpfenden Oberklasse ist am Mittwoch nicht von Franz Waldenburg, sondern von Franz Kattowitz begründet worden. Es beginnt die Aussprache über die Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Sozialisierung und Ernährung. Dazu liegt vor ein Antrag Braun-Wels, der die Reichstagsfraktion beauftragt, sofort die Kleinrenten-Überleitung aller Betriebe, die künstliche Düngemittel herstellen, aus privatrechtlichem Besitz in den Besitz der Allgemeinheit mit Rücksicht zu betreiben, weil nur durch

Steigerung der Lebensmittelproduktion auf inländischem Boden die Hungersnot nachhaltig gehoben und der Wiederaufbau der zusammengebrochenen Wirtschaft wirksam gefördert werden kann und weil diese Steigerung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur durch Senkung der hohen Düngemittelpreise erzielt werden kann.

Demerz stellt ein Antrag Heilmann zur Debatte, der die Reichstagsfraktion auffordert, unbeschadet ihrer sonstigen Stellung zum Kabinett Fehrenbach den sofortigen Rücktritt des Ernährungsministers Hermes zu verlangen.

Wacant-Gall: Die Formen, in denen hier die Gegensätze zwischen Wiffell und Robert Schmidt zum Ausdruck gekommen sind, sind recht bedauerlich. Dabei gehen ihre Ansichten gar nicht so weit auseinander, denn unser letztes Ziel, die Erhebung der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft, ist uns allen gemeinsam. Heute steht die Sozialisierung des Vergnügens zur Debatte, welcher Vorschlag der bessere ist, kann nur auf Grund genauester Kenntnis von Sachverhältnissen beurteilt werden.

Otto Braun:

Auch eine noch so große Verzögerung berechtigt Wiffell nicht,

hier vor aller Öffentlichkeit eine solche Kritik an sozialistischen Ministern zu üben. (Zustimmung.) Wir sind uns über das Ziel alle einig, nur über den Weg zum Ziel gehen die Ansichten auseinander. Für seine Ansichten hat Wiffell so wenig konkrete Vorschläge gemacht, daß er über akademische Erörterungen nicht hinausgekommen ist. Erhöhungen der Löhne und Gehälter können niemals helfen, denn sie bleiben stets hinter der Preissteigerung zurück. Die Gesundung kann nur vom Preisabbau kommen. (Sehr richtig!) Dieser Preisabbau kann aber nicht so erfolgen, daß man die Löhne herabsetzt und daß dann die Preise folgen, sondern die Preise müssen herabgesetzt werden und dann folgen die Löhne. (Sehr richtig!) Wenn wir der Landwirtschaft genügend Düngemittel zu angemessenen Preisen verschaffen können, dann können wir — das spreche ich mit voller Ueberzeugung aus — die landwirtschaftliche Erzeugung

auf die Höhe der Vorkriegszeit

bringen. (Sehr! hört!) Die heutigen Preise für Düngemittel zwingen die Landwirte zur extensiven Wirtschaft. Ueber 2 Millionen Hektar Getreide müssen wir einführen, und die Einfuhrung konnte auch Wiffell nicht verhindern. Wir müssen eben so Zucker einführen, obwohl wir vor dem Kriege Zucker in großer Menge ausgeführt haben. (Sehr! hört!) Geht diese Entwicklung so weiter, so werden wir eines Tages auch das zum Leben notwendige nicht mehr bezahlen können. Niemand wird uns noch etwas borgen und unser Volk ist am Verhungern. Wir haben vor dem Kriege mit einer gewissen Rücksicht auf die inländische Landwirtschaft gehandelt, weil wir uns wegen unserer hohen Ausfuhrziffern eine große Einsparung leisten konnten. Diese Zeiten sind vorbei. Wenn wir statt Getreide Phosphate einführen würden, so würden wir Milliarden sparen. Das sind keine künstlichen Konstruktionen sondern diese Feststellungen beruhen auf unanfechtbaren Tatsachen: ohne Volldünger keine Volleernte.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Ländliche Siedlungsarbeit.

Von Dr. Alfred Striemer.

Daß die Steigerung des Bodenertrages und die Rückbildung der in die Städte abgewanderten Landarbeiter auf selbständige Stellen die dringendsten Aufgaben sind, um den Gesundungsprozeß des deutschen Volkes einzuleiten, ist allgemein anerkannt. Die planmäßige ländliche Siedlung ist der Weg zum Ziel. Bedauerlicherweise stellen sich ihr aber so viele Hindernisse in den Weg, daß die gelante Öffentlichkeit sich für die Siedlung einsehen muß, um sie vorwärts zu treiben.

An das Reichsiedlungsgesetz sind Hoffnungen geknüpft worden, die sich nicht erfüllen. Es sollte vor allem die Landbeschaffung sichern. Hier ist aber ein vollständiges Versagen eingetreten. Die Landlieferungsverträge, die der Großgrundbesitzer zwecks Freistellung von Land bilien sollte, bestehen noch nicht, es wird vielmehr eine völlige Siedlungsfeindschaft des Großgrundbesitzes gezeigt. Bei Verhandlungen wegen Abgabe von Land wird nur der minderwertigste und am ungünstigsten gelegene Boden angeboten, sofort überhaupt ein Angebot erfolgt, Boden, auf dem ein kapitalschwacher Siedler selbst bei höchster Arbeitsleistung nicht bestehen kann. Aber auch bei der Freigabe von Domänen machen sich fiskalische Interessen bemerkbar, die durchaus engherzig den Gewinnpunkt vertreten und für die Förderung der Siedlung das notwendige Verständnis vermissen lassen. So weigert sich z. B. das Reichsfinanzministerium, die große Domäne Markendorf bei Jüterbog, die sich hervorragend für Siedlungszwecke eignet, zum landwirtschaftlichen Ertragswert den gemeinnützigen Provinzialsiedlungsgesellschaften, an denen der Staat selbst mit 50 Prozent des Kapitals beteiligt ist, zu überlassen; der Bürokratismus fordert Erstattung der für militärische Zwecke einst gemachten Aufwendungen.

Ungeheuer erschwerend für die Siedlung ist die geradezu maßlose Preistreiberei des Güterhändlers. In geradezu phantastischen Preisen wandern die Güter heute von Hand zu Hand. Millionen werden spielend verdient und die größten Schiebungen werden zum Zweck der Steuerhinterziehung von den Kriegsgewinnlern gemacht. Da Inventar und Ernte nur zu einem Drittel des Steuerjahres besteuert werden, so werden diese bei den Verkäufen herausgenommen und zu ganz besonders hohen Preisen nebenbei verkauft. Wir haben im „Vorwärts“ auf diese ungeheuerlichen Zustände des Preiswechsels wiederholt aufmerksam gemacht, aber es geschieht nichts, um ihnen ein Ende zu machen. Daß unter solchen Verhältnissen die Siedlungsgesellschaften aus freier Hand keine Güter zu Siedlungszwecken kaufen können, ist wohl klar.

Nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 konnten nach § 6 die Siedlungsgesellschaften bei Güterkäufen das Vorkaufrecht geltend machen und bei unangemessen hohem Kaufpreis die anderweitige Festsetzung desselben nach dem gemeinen Wert herbeiführen. Nach dem neuen Reichsiedlungsgesetz kann dieses Enteignungsrecht nicht mehr geltend gemacht werden. Vielmehr muß die Siedlungsgesellschaft, wenn sie erwerben will, in vorhandene Kaufangebote eintreten. Die Festsetzung des Kaufpreises nach dem gemeinen Wert ist ausgeschlossen.

Daß unter solchen Verhältnissen den Siedlern kein Land beschafft werden kann, es sei denn zu Spekulationspreisen, dürfte wohl klar sein. Aber noch eine andere Schwierigkeit kommt hinzu. Die Siedler, die ein Gut aufsteilen, haben die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse zu regeln. Da kommt zuerst die Rente und verlangt die Ablösung des Patronats, Hinterlegung eines Kapitals, aus dem eine Gemeindefinanz unterhalten werden kann, usw. Dann kommt die Gemeinde und fordert die Abfindung für Uebernahme der Schullasten, dann kommen die Kreis- und Provinzialverwaltungen und fordern die Herstellung von Wegebauten. Viele Hunderttausende von Mark werden hierdurch einer jungen Siedlerkolonie kapitalschwacher Arbeiter aufgezehrt.

Nur für den Siedler die Landbeschaffung geregelt, dann beginnt die Sorge um die Kapitalbeschaffung, denn die hypothekarische Beleihung der Rentengutbank bedt ja nur einen Teil der Kosten, die restlichen Gelder zur Fertigstellung der Bauarbeiten müssen von den Siedlungsgesellschaften aufgebracht werden. Haben die Siedler selbst 40 000 oder 50 000 M. zur Verfügung, so werden diese bei der bauerlichen Siedlung zur Beschaffung von 2 Wärdern, einigen Äulen, Drechskisten, Södel, Herstellung des Brunnens usw. sofort verbraucht. Gerade die Kosten für die Brunnen werden oft unterschätzt. So kostete ein in der Mark auf einer

Das Ende des Zeitungsstreiks.

In zwei überfüllten Versammlungen haben heute vormittag die streikenden Angestellten des Berliner Zeitungs- und Druckgewerbes und die ausgesperrten technischen Personale der Zeitungsdruckereien den im Reichsarbeitsministerium gestern abgeschlossenen Vergleichsvorschlag angenommen. Die Arbeit wurde entsprechend den vereinbarten Bestimmungen, soweit angängig, heute mittag wieder aufgenommen.

Damit ist ein Kampf beendet, dessen Welle weit über die am Streik und der Aussperrung beteiligten Kreise schlugen; ein wirtschaftliches Ringen, das nach Meinung des Staatssekretärs Kirsch vom Reichsarbeitsministerium sogar mit zu der Verschlechterung unseres Valutastandes beigetragen hat. Diese üble Nebenwirkung kann der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungs- und Druckgewerbe auf sein Konto buchen. Er hat durch seine Hartnäckigkeit, mit der er die in einem vertraulichen Zirkular der vereinigten Arbeitgeberverbände gegebene Anweisung, jede weitere Lohn-erhöhung abzulehnen, bei seinen Angestellten in die Wirksamkeit umzusetzen verucht, den Konflikt verschuldet.

Einen Faktor hatten die Herren bei ihrer Kalkulation vergesen in Anbetracht zu bringen: Die Klassen-solidarität der Hand- und Kopfarbeiter! Dieser glänzenden bewiesenen Solidarität ist für die Arbeiterschaft erfreuliche Ausganga zu danken. Das, was so oft in den Beratungen der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen verlangt wurde: die gemeinsame Abwehr der Unternehmerentwürfe, hat in diesem wirtschaftlichen Konflikt zum ersten Male einen großen Triumph gefeiert.

Neben der Absicht, erhöhte Gehaltsforderungen abzuwehren, hatte den Arbeitgeberverband zu der Aussperrung der technischen Personale offenbar auch die Meinung verführt, dadurch die Position der Arbeiterschaft im Buchdrucker-gewerbe bei den dort bevorstehenden neuen Tarifverhandlungen schwächen zu können. Daß dieses Unterfangen aussichtslos ist, wird die Unternehmer ja wohl der Ausgang des Kampfes gelehrt haben.

Die Versammlung der Ausgesperrten.

Die an der Zeitungsdrucksperrung beteiligten Arbeiter der verschiedenen Organisationen hatten sich heute vormittag im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über die gestrigen Vergleichsverhandlungen entgegenzunehmen. Den Bericht erstatteten Raffel und Witzner die die Annahme des Vergleichsvorschlages empfahlen. In der kurzen Diskussion

wurde darauf hingewiesen, daß es sich empfehle, geeignete Maßnahmen gegen die Streikbrecher zu treffen, die als Lohn für ihr verräterisches Verhalten nunmehr ebenfalls die erkämpfte Gehaltsaufbesserung bekommen. Dem Vergleichsvorschlag stimmte die überfüllte Versammlung mit großer Majorität zu.

Die Versammlung der Streikenden.

In der heute vormittag abgehaltenen Versammlung der streikenden Zeitungsangestellten empfahlen Maier und Guirard namens der Streikleitung die in unserer heutigen Morgenansgabe mitgeteilten Einigungs-vorschläge, zu denen noch ergänzend zu bemerken ist, daß die vorgeschlagenen Gehaltsbesserungen vom 15. September ab zu zahlen sind und bis zum 31. Dezember gelten. Die Referenten begründeten die Annahme der Vorschläge mit dem Hinweis darauf, daß die Ablehnung derselben nicht nur eine längere Dauer, sondern auch eine bedeutende Ausdehnung des Kampfes durch die Unternehmer zur Folge haben würde. Schon jetzt seien wegen ihrer Solidarität mit den 2500 streikenden Angestellten 16 000 Arbeiter ausgesperrt, deren Zahl sich bei Fortsetzung des Streiks auf 100 000 vermehren würde. Die Angestellten könnten es nicht verantworten, die ihnen in anerkannter Weise bekundete Solidarität der Arbeiter in solchem Maße in Anspruch zu nehmen. Wenn auch nicht alle Forderungen der Streikenden erfüllt seien, so hätten sie doch einen Sieg erkämpft, denn es sei doch gelungen, nicht nur den von den Unternehmern beabsichtigten Gehaltsabzug abzuwehren, sondern auch das Prinzip der Unternehmer, keine Gehaltsbesserungen zu bewilligen, zu durchbrechen und eine Gehaltsbesserung von durchschnittlich 15 Proz. zu erreichen. Dadurch hätten die Angestellten Vorschläge in die Front des Unternehmertums gelegt. Wenn in materieller Hinsicht nicht mehr erreicht werden konnte, so sei das die Schuld der Gewerkschaftsbünde, die sich auf die Seite der Unternehmer stellten. Der Sieg der Streikenden sei kein vollständiger, es gelte jetzt, sich für den nächsten Kampf zu rüsten.

Rehrte Diskussionsredner verlangten unter lebhaftem Beifall die Ablehnung der Einigungsvorschläge und Fortsetzung des Streiks, weil die materiellen Zustände, namentlich für die weiblichen Angestellten, zu gering seien. — Darauf antworteten andere Redner und die Vertreter der Streikleitung, der moralische Erfolg dieses Kampfes sei doch höher einzuschätzen als der materielle.

Schließlich wurden die Einigungsbedingungen gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Eine Resolution, die den Arbeitenden wärmsten Dank für ihre Solidarität ausdrückt, fand einstimmige Annahme.

Siedlung der „Eigene Scholle“ für eine Bauernstelle ge-
höhrter Brumen allein 6400 Mark!

Außer dem Land und dem Kapital benötigt der Siedler dringlich die sachverständige Beratung. Bei den Anlagen von Siedlungen macht jeder Neuling, auch wenn er noch so tüchtig ist, Fehler. Diese aber kosten Geld und Zeit. Da ist es nun von außerordentlicher Bedeutung, daß der Siedler von allen Erfahrungen, die bei der Ansiedlung gemacht worden sind, für sich Nutzen zieht. Es ist daher durchaus unwirtschaftlich und gefährlich, wenn der Siedler sich an irgendeine von irgendeinem Unternehmer oder Genossenschaft gegründeten Unternehmen ohne weiteres gleich mit Kapital beteiligt. Viele solcher Siedlungen sitzen heute fest und können nicht weiter und schädigen damit den Kredit der Siedlungsarbeit. Deshalb ist es notwendig, auf die gemeinnützigen Provinzial-Siedlungsgesellschaften hinzuweisen, an denen der Staat mit 50 Prozent, ferner Kreise, Kommunen und Private beteiligt sind. Für die Provinz Brandenburg kommt die „Eigene Scholle“ in Frankfurt a. O. in Frage, die mit 9 Millionen Mark Kapital arbeitet, vor zehn Jahren gegründet wurde, und allein im letzten Jahre 500 Siedlerstellen in der Mark errichtet hat.

Die „Eigene Scholle“ hat einen Stab von 50 Beamten, Landwirte, Architekten und Bauarbeiter, Beamte für das Rentengüterverfahren usw., und eine große Zahl vorbildlicher Kolonien angelegt. Dennoch hat sie u. E. bei weitem noch nicht die Bedeutung und Leistungsfähigkeit, die sie haben müßte. Wenn man bedenkt, daß der Kaufpreis eines Gutes viele Millionen beträgt und die Errichtung von Siedlungsstellen Millionenkredite erfordert, dann ist nicht ein Stammkapital von 9, sondern von 50 Millionen notwendig. Es ist also unbedingt zu prüfen, wie den Provinzial-Siedlungsgesellschaften Kapitalien zur Verfügung gestellt werden können, damit sie auch alle technischen Hilfsmittel, Transportmittel, Maschinen usw. für die Errichtung der Siedlungen beschaffen können. Wäre es nicht zweckmäßig, den gesamten Güterverkehr dadurch zu beenden, daß man den Besitzwechsel durch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften erfolgen läßt, die auf diese Weise das zur Siedlung geeignete Land in die Hände bekommen, andererseits die bisherigen Millionen Gewinne der Schieber in die Kanäle der kapitalstarken Siedlungen leiten können?

Wir befinden uns heute auf dem Stand, daß wir in a n g e l s Land trotz reichen Grundrunds und Domänenbesitzes in der Mark und m a n g e l s Kapitals mit der gesamten Siedlungsarbeit am Ende sind. Wie dringend notwendig ist aber gerade für uns die Umstellung der Arbeitskräfte und die Steigerung des Bodenertrages und der Viehzucht. Gätten die Siedlungsgesellschaften mit der Ausführung ihrer Bauten gewartet, bis das Wohlfahrtsministerium die Baukostenzuschüsse bewilligt hatte, so ständen heute zahlreiche Siedlungen erst am Anfang ihrer produktiven Tätigkeit, und kostbare Zeit wäre für die jungen Siedlungen verloren gewesen. In den Provinzial-Siedlungsgesellschaften hätten wir vielleicht die Organe, um das Siedlungsweien erfolgreich vorwärts zu bringen. Sie zu stärken und zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen, scheint eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Allerdings müssen die Siedler selbst auf deren Rücken auch alle Verwaltungskosten der Gesellschaften gedeckt werden, und die sie zu tätigen haben, in den gemeinnützigen Provinzial-Gesellschaften eine viel stärkere Bezahlung erhalten, als sie heute haben. Ob alle Provinzial-Gesellschaften allerdings in der Weise arbeiten, wie die „Eigene Scholle“ in Frankfurt a. O., entzieht sich unserer Kenntnis. Auch an ihrer Tätigkeit wird Kritik geübt, doch stehen ihr in den märkischen Siedlungen viele Beweise einer sehr erfolgreichen Arbeit zur Seite.

Auf dem letzten Loch.

Noch einmal verläßt die „Freiheit“ die Aufmerksamkeit von dem Zerfall der U. S. V. in Halle dadurch abzulenken, daß sie sich an unserem Kasseler Parteitag reißt. Sie über-

schreibt „Die Kasseler Musikanten“. Wir nehmen das an als Zeichen dafür, daß Kassel Musik gegen Halle ist, wo die U. S. V. auf dem letzten Loch pfeift. Die „Freiheit“ selber kann den nach außen halbwegs gestitteten Verlauf der Tagung in Halle nur damit erklären, daß in der entscheidenden Frage, die „die Trennung in diesem Stadium unausbleiblich macht“, bereits Gewißheit herrsche. Diese Gewißheit habe die Stimmung einigermaßen beruhigt. Es ist also die Gewißheit des Todes, die allzu heftige Gefühlsausbrüche verhindert.

Wenn die „Freiheit“ aber meint, daß in Kassel „ein Bild vorgekäufte Sicherheit und Ruhe“ gegeben werde, so verwehrt sie wohl unseren Kasseler Parteitag mit ihrer eigenen Redaktion, die mit künstlich erregtem Pathos am Schluß der Betrachtung schreibt:

Wir sind unserer Sache diesen Leuten gegenüber ebenso sicher wie nach der anderen Seite hin. Wir sind keinen Augenblick im Zweifel, daß einst das Proletariat, wenn es seine Geschlossenheit wiedererlangt hat, feststehen wird zur Politik der U. S. V.

So etwas nennen wir „ein Bild vorgekäufte Sicherheit“. Diese „Musik“ erinnert gar zu sehr an die Kinder im Dunkeln, die, um ihre Angst zu beruhigen, ein lautes Lied singen.

Natürlich fehlt gegen den Kasseler Parteitag der Vorwurf nicht, daß es an geistigem Gehalt fehle, eine Führergruppe herrsche und alle Differenzen verschwiegen würden. Die gestrige Auseinandersetzung Wissell-Rohrer Schmidt hat wohl den allerdeutlichsten Beweis geliefert, daß der Kasseler Parteitag nichts weniger als ein „Katholikentag“ ist. Weder in der Wirtschaftfrage noch in der außenpolitischen Frage hat es an Meinungsverschiedenheiten und sachlichen Differenzen gefehlt, wie sie in einer Millionenpartei selbstverständlich sind, in der jedes geistige Leben herrscht. Aber allerdings: unsere Dispositionen bleiben auf dem Boden des Sachlichen und Realen, werden nicht vergiftet durch Demagogie und die Sucht, sich in radikalen Phrasen zu überheben. Von der Ruhe auf dem Kasseler Parteitag gilt eben nicht, was die „Freiheit“ über die Todesruhe in Halle schreibt:

Aber diese Ruhe war nur äußerlich. Sie konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß neben den tiefen Meinungsverschiedenheiten auch persönliche Ungleichheiten einzelner Führer die Gegensätze überall verschärft hat und nun endlich zur Entladung drängt.

Die Ruhe in Kassel ist eine innerliche, hervorgegangen aus der prinzipiellen Übereinstimmung aller Beteiligten in den grundlegenden Fragen des Sozialismus. Auch können wir nicht über „persönliche Ungleichheiten“ usw. und demagogische Führer klagen. Und wenn die „Freiheit“ sich noch immer mit dem „Gären in der Tiefe“ brüsst, doch in der U. S. V. herrscht, so haben ihre eigenen Anglisten in den letzten Tagen über neukommunistische Mörderzentralen, Attentäter auf Ledebour, geplante gewalttätige Erstürmung der „Freiheit“ usw. zur Genüge bewiesen, wie behaglich der „Freiheit“-Redaktion selber bei diesem „Gären in der Tiefe“ ist. Wir überlassen es ihr meidlos.

Nochmals die Lazarettinsassen.

Die „Freiheit“ nimmt Anstoß an der Bemerkung, die wir an die Darstellung des Reichsarbeitsministeriums knüpften, daß diejenigen, die für die Lazarettinsassen gespendet haben, sich bewußt bleiben dürfen, nicht an falscher Stelle gegeben zu haben. Die „Freiheit“ schreibt, die Schwerverletzten dürfen nicht auf Wohltätigkeit angewiesen sein, sondern das Reich müsse die Mittel bereitstellen.

Das ist genau dasselbe, was auch wir nicht einmal, sondern mehrfach in unserem Blatte betont haben. Wir haben auch nie zu Sammlungen aufgerufen, sondern als der „Vorwärts“ in dem Artikel vom 9. September das Geld der

Lazarettinsassen schilderte, haben eine große Anzahl von Personen aus unserem Leserkreis ganz spontan Sammlungen eingeleitet. In Betrieben und Werkstätten ist gespendet worden, und Tausende von Berliner Proletariats, Arbeiter und Angestellte, haben, ohne von jemand aufgefordert zu sein, ihre Anteilnahme an den unglücklichen Opfern des Krieges durch die Tat bekundet. Angesichts der Schicksalserbe des Reichsarbeitsministeriums hielten wir uns für verpflichtet, diese darüber zu berichten, daß ihre Anteilnahme sich nicht Personen zugewendet habe, denen es gut genug ginge. In Nr. 475 des „Vorwärts“, wo wir zum ersten Male über diese Bewegung berichteten, bemerkten wir ausdrücklich:

So sehr wir uns der Opferwilligkeit edler Menschen freuen, erklären wir es doch immer und immer wieder für die erste Pflicht des Staates, hier das Notwendige zu tun.

Auf diesem Standpunkt stehen wir noch wie vor. Wir bemerken aber, daß es auch eine rein menschliche Anteilnahme gibt, die der Staat als solcher nicht leisten kann und die sich z. B. darin äußert, daß eine Anzahl Arbeiterangehöriger, Künstler, Musiker usw. auf unseren Artikel hin die bisher Vergessenen mit Darbietungen erfreut haben.

Die Ausweisung Losowskys.

Bekanntlich hatten Vertreter deutscher Gewerkschaften Anfang September die Einreise von Vertretern russischer Gewerkschaften nach Deutschland beantragt. Der Antrag bezog sich zunächst nur auf drei Personen, statt dessen trafen aber elf Personen an den deutschen Grenzen ein. Am 15. September hat das Kabinett zu den anfangs gemeldeten drei Gewerkschaftsführern noch vier weiteren Vertretern die Einreiseerlaubnis erteilt mit dem Vorbehalt, daß sie ihre Tätigkeit auf den angegebenen Reisezweck wirtschaftlicher und sozialer Verhandlungen mit den deutschen Gewerkschaften beschränken und nicht in politischen Versammlungen reden sollten. Diese Verpflichtung ist von den russischen Gewerkschaftsführern nicht eingehalten worden. Sie haben in den verschiedensten Orten Deutschlands eine starke agitatorische Tätigkeit für die Dritte Internationale und den Anschluß an Moskau entfaltet. Nach Ablauf der für den Aufenthalt bei der Einreise gestellten Frist haben sich einige der Gewerkschaftsführer nach der Lischajewskoi begeben, die übrigen erklärten, nach Italien reisen zu wollen und daten, da die italienische Einreiseerlaubnis bei Ablauf ihrer Aufenthaltserlaubnis noch nicht eingetroffen war, um eine kurze Verlängerung der Frist, damit sie nicht gezwungen wären, zwecklos nach Rußland zurück und dann erst nach Italien zu reisen. Die Verlängerung wurde ihnen bis zum 14. Oktober bewilligt. Kurz vor Ablauf der verlängerten Frist traten sie durch Vermittlung deutscher Gewerkschafts- und Parteimitglieder mit dem Gesuch um erneute Verlängerung an das Auswärtige Amt heran und begründeten dies nicht mit der bevorstehenden Reise nach Italien, sondern mit der Absicht, jetzt erst wichtige Besprechungen mit den deutschen Gewerkschaften vornehmen zu müssen. Das Kabinett, dem das Auswärtige Amt dieses neue Gesuch vorlegte, hat sich nicht veranlaßt gesehen, es zu genehmigen. Die seit der Einreiseerlaubnis verfloßenen vier Wochen hätten nach Meinung der Regierung völlig genügt, ernsthaft geschäftliche Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, wenn es den russischen Vertretern in erster Linie um diese Verhandlungen und nicht vielmehr um Agitation und Propaganda zu tun gewesen wäre. Die russischen Vertreter werden sich deshalb ebenso wie zahlreiche andere auswärtige Besucher Deutschlands an die beschränkte Aufenthaltserlaubnis halten müssen, die schon aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Gründen jetzt regelmäßig jedem ausländischen Einreisenden gestellt wird. Uebrigens hat das Auswärtige Amt im Einverständnis mit dem Kabinett die Frist nochmals um einige Tage verlängert, da von der tiefsten italienischen Volkspartei das Eintreffen der Entscheidung über das russische Einreisegesuch für die aller nächste Zeit in Aussicht gestellt worden ist.

Soweit die uns zugehende halbamtliche Darstellung. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Ausweisung der Mission Losowskys nur einen Embus gibt, den sie wirklich nicht verdient. Die Rede Losowskys auf dem Betriebsrätekongreß hat weit mehr Arbeiter die Augen geöffnet als ihm lieb sein dürfte.

Vollbildung — Volkshochschule.

Von Walter Stiechen.

Unmittelbar nach Beendigung des großen Krieges setzte in verflachten Maße jene Bewegung ein, die nicht nur dem befähigten und bemittelten Menschen aus Gründen der Gerechtigkeit die gleiche Möglichkeit zur Ausübung seiner geistigen Anlagen geben wollte, wie sie bisher fast ausschließlich nur dem Bemittelten zur Verfügung stand, sondern sie auch besonders aus der Schule die Herrschaft des aggressiven nationalistischen Geistes entfernen und an seine Stelle den friedfertigen Geist vernünftiger menschlicher Gemeinschaft setzen wollte. Schien unter dem frischen Eindruck der politischen Umwälzung der Widerstand gegen diese Bestrebungen fast erloschen, so lob nun, da es ruhiger geworden, ein vom Sturm der Ereignisse zu Boden gedrückte Bucherpfand der ganz vulgären Heil-, Wald- und Wiesengottismus vorzüglich langsam wieder ihr schäbliches Haupt; mit der Fähigkeit der selbstständigen Bezeichnung wird wie früher an den allgewohnten leibwöchentlichen Vorredten des Festes gegenüber den Vereckern der prinzipiellen Gleichberechtigung aller Volksgenossen festgehalten.

Der aller Bedeutung der Schulreform für jeden einzelnen darf aber nicht übersehen werden, daß die höchste Ausbildung an Universitäten immer noch nur den wenigsten zuteil werden kann, weil eben der Hochfahrigkeit auch nur wenige sind und die Volkswirtschaft die Entziehung eines großen Teils der Jugend bis ins 20. Lebensjahr und darüber nicht erträgt. Die weitaus meisten jungen Leute werden immer um das 14. bis 16. Lebensjahr herum ihre Ausbildung für einen praktischen Beruf beginnen müssen, in dem sie zunächst vorwiegend aufgehen. Langsam sammeln sie nun Menschenkenntnis, langsam treten die Lebensprobleme ihnen näher, riesengroß unterstanden, halberfahrenen. Vielen fehlt in dieser Zeit der erfahrene Führer, viele ringen einsam — oft vergebens — nach Klarheit; haben sie Glück, so geraten sie in eine vernünftige Jugendbewegung und werden dort vielfältig gefördert, andere fallen falschen Propheten anheim und verpfänden ihr Leben.

Wie aber wachsen heran zu vollberechtigten Staatsbürgern; alle beherrschten mehr oder weniger ihren Beruf. Soweit sie politisch interessiert sind, gewinnen sie auf mancherlei Weise einen gewissen Einblick ins Leben der Volksgemeinschaft, in die Beziehungen der Völker. Allen aber auch, mit wenig Ausnahmen, fehlt die strenge Schulung des Denkens und damit die Möglichkeit, in objektiver, wissenschaftlicher Weise sich einen Überblick über die vielfältigen verwirrenden Erscheinungen des Lebens zu verschaffen. Das auch eine bessere Schule ihnen als vom Elternhause wohlbehüteten 12—14jährigen Kindern in dieser Beziehung hätte geben können, wäre doch nicht viel mehr als etwas Angeleiertes gewesen,

weil kein wirkliches Erleben dahinter stand. Dem im gereiften Alter lebenden Erwachsenen jedoch hat inzwischen die Schule des Lebens manches Mangel gemacht. Was aber die meisten ehemaligen Volksschüler in dieser Lage schmerzhaft empfinden, das ist das unüberbrückte, Bruchstückartige, Systemlose ihres Wissens. Das ist übrigens durchaus keine Eigenart nur des ehemaligen Volksschülers. Die meisten Menschen verfügen nur über ein unzusammenhängendes Wissen von allerhand Einzelheiten. Da will nun die Volkshochschule Helferin sein. In Kursen, die in jedem Quartal etwa 8 bis 10 Abende von je 1 bis 2 Stunden umfassen und gegebenenfalls in den nächsten Quartalen fortgesetzt werden, soll der Teilnehmer eine fest umrissene und folgerichtig durchgeführte Darstellung irgendeines Gebietes der Wissenschaft oder Kunst, das dem Hörer „liegt“, für das er Teilnahme und besondere Verantwortung hat, gegeben werden. Die Hauptfrage hierbei ist nicht so sehr, irgendein Wissen mitzuteilen, sondern an Hand des vorgelegten Stoffes zum selbständigen Denken, zu scharfer Beobachtung anzuleiten; danach zu urteilen zu kommen, soll möglichst der Arbeit des Hörers überlassen werden. Darum finden in den Kursen Ausreden statt; es können, besonders bei als „Arbeitsgemeinschaft“ bezeichneten Kursen, schriftliche Ausarbeitungen angefertigt, kleine Referate gehalten werden, die zu genauem, kritischem Durchdenken, zur Bildung einer klaren Vorstellung von dem behandelten Gebiet nötigen. Das ist das Wichtigste: Klarheit und Folge, die nun soll von selbst immer weiter hineinführen ins Land des Lebens, das so lange in Nebel lag und in das nun überall die Sonne neuer Erkenntnis ihre Strahlenbündel wirft. Welche innere Freude, welche Erhöhung des Lebens eine solche Arbeit bringt, kann nur selbst gefühlt, nicht beschrieben werden; eine Arbeit, die vielmehr eine Erholung ist von den kleinen und großen Widerwärtigkeiten des Alltags, von vielfach eintönig-mechanischer Berufsarbeit, eine Arbeit, die befruchtend wirkt auf alles, was man anpaßt. Der hohe Berufs- und Joamensch, eingeschlossen in den engen Bezirk seiner Erwerbsarbeit, ein ohne redliche Körperhaltung vom Gange freierendes Mädchen im großen Betriebe, lernt nun sich und sein Leben sehen, wie man vom hohen Berge aus der Menschen Gewimmel im Tale beobachtet, als fernstehender, ruhiger Zuschauer.

Was eine solche Erhöhung des Lebensgefühls, eine solche Erweiterung der Erkenntnis des einzelnen für die Volksgemeinschaft bedeutet, liegt auf der Hand. Denn ein jeder Mensch strahlt Einfluß auf seine Umgebung aus. Es ist kein Zufall, daß Freunde des Volkes so lebhaft bemüht sind, seine Bildungsmöglichkeiten zu verbessern; und es ist nicht von ungefähr, daß die Reaktionen aller Farben jeder ernstlichen Volkshochschulbildung nicht nur gleichgültig, sondern sogar mit gehemmtem Groll gegenübersehen und nur eine tendenziöse „Bildung“ in ihrem Sinn gelten lassen wollen. Es wird viel zu wenig beachtet, daß ein unmündiges Volk das gemeinsame Ideal aller jener Leute ist, weil es sich so viel leichter lenken

und beherrschen läßt. Gegen den Geist eines gebildeten, selbständig denkenden Volkes aber, das seinen wohl begründeten Eigenwillen hat, ist schwer anzukämpfen. Diese Erkenntnis sollte eine Mahnung sein für alle, die es angeht, für die Bertätigten aller Berufe. Das Wort „alten Liebschicht: „Bildung macht frei“ ist kein Schlagwort, sondern die Erfahrung eines innerlich frei Gewordenen. Nicht der unter irgendeiner Parole der „Freiheit“ gewaltig Aufgeschaltete ist frei. Innere Freiheit ist die Vorbedingung aller äußeren Freiheit.

Nicht mit Hindernis und nur gefühltem, noch außen gerichteten Willen ist es getan, sondern Wille zur Arbeit an sich selbst, zum Ringen mit den Problemen, dadurch zum Wissen von dem, was man kann und will, zu Klarheit und Können, danach erst recht die Benutzung des Willens: das ist die Reihenfolge. Wer nicht in diesem Sinne an einer Verrichtung mitarbeitet, hat kein Recht zur Kritik an den Zuständen. Die Welt ist so, wie die Menschen sie gestalten; jeder kann sie beeinflussen; niemand hat ein Recht zu klagen, daß er das nicht kann, wenn er nicht die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten benutzt, die ihm heute schon zur Verfügung stehen und künftig in vermehrtem Maße zur Verfügung stehen werden. Nicht Macht, nicht Wirtschaft, nicht Politik, nicht die Verhältnisse an sich bilden die Welt, wie sie sich uns darstellt, sondern der Geist, der in dem allen ist. Das laßt und beachtet und danach handeln.

Die Volkshochschule Groß-Berlin beginnt am 18. Oktober mit etwa 140 Abendkursen eine neue Arbeitsperiode. Die Hörgelübte beträgt für die Reihe von acht Abenden zu je anderthalb Stunden 6 M., für die Reihe von acht Doppelstunden 8 M. Die Lösung einer Hörerfrage für eine Reihe (Georgenstr. 34/36) berechtigt zum zeitweiligen Besuch jeweils des ersten Vortrags jeder beliebigen anderen Reihe. In zehn über Groß-Berlin verteilten Arbeitsstätten werden Naturwissenschaften, Völkerkunde, Volkswirtschaft, politische Geschichte, Technik, Literatur, Musik usw. behandelt. Es empfiehlt sich sehr, gerade jetzt mit der Teilnahme an den Kursen zu beginnen, da viele Kurse in den nächsten beiden Vierteljahren fortgesetzt werden und so der Hörer Gelegenheit hat, sich in ein Gebiet intensiv einzuarbeiten. Erwerbslose erhalten Karten zum halben Preise, Schwerverletzte, Invaliden, sowie in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2 (8—6 Uhr).

„Rater Lampe.“ Das Rose-Theater setzt sein Bestreben fort, breit in die Masse wirkende Stücke guten Gehalts darzubieten. Auf Hauptmanns „Matten“ ist Emil Rosenoms köstlicher „Rater Lampe“ gefolgt. Diese Komödie, die zum dauernden Bestand des deutschen Repertoires zu gehören berufen ist, scheint geeignet, in jedem Theater Erfolg zu erzielen. Ist sie doch auch in ehemals köstlichen Schauspielhäusern mit gutem Gelingen gespielt worden. Wer ihre wahrhaft aus dem Volkstempfinden geschöpfte und das kleine Volk liebetvoll charakterisierende Art, die edlere Humore, ihre nirgends aufdringliche Tendenz, Jargonien und Oberg-

Groß-Berlin In die Pilze.

Da und in weitesten Bekannten- und Verwandtenkreisen verbreitet wurde, im Oktober sei der Baldobon „nur so“ von Pilzen befallen...

Und todesbedrohender Ausprägung des langen Sonntagsschlafs erreichten wir, ungedrängt von einer Witterungsveränderung...

Mit ortskundigem Schritt führte uns jedoch mein Freund an die entlegeneren geheimen Versammlungsorte der unabhängig schleichenden Pilze...

Zunehmend, nach schastlicher Schwerearbeit hatten wir drei nicht ganz zwei Pfund essbarer Pilze zusammengerockt...

Der „gute Ton“ in den Schieberlokalen.

Erdnuliche Dinge aus einem sogenannten Luxuslokal der Jägerstraße lagen einer Verhandlung zugrunde, die die 11. Straenkommission des Landgerichts I beauftragte...

wurde sein Verlor. Als er aufwachte, waren seine sämtlichen Sachen gestohlen.

Wegen dieses unglaublichen Vorfalles war Kallies vom Schofengericht zu der gesetzlich zulässigen Hochstrafe von 1000 Mark Geldstrafe unter Zuhilfenahme mildernder Umstände verurteilt worden...

Ein seltsamer Beschluß.

Mit dem 1. Oktober d. J. hat das Rettungskami Groß-Berlin die Rettungsstelle 5 in der Kalberstrae 10 ein Institut, das zum Ziehen der Untertunigkeit des Subotens unter verschiedenen Formen über 40 Jahre an derselben Stelle bestand...

Der neue Fund von Leichenstellen im Landwehrkanal scheint nach den neueren Ermittlungen mit dem Leichensund im Grunewald doch nicht in Verbindung zu stehen. Ob es sich um einen Nord handelt oder um Beileitung der Leiche einer Frau...

Wie die Kirche Steuern einfordert. Die Belästigung von Dissidenten durch unberechnigte Einforderung von Kirchensteuern dauert fort. Bei Einsprüchen mächt die Kirche sich die Sache sehr bequem, indem sie von den zu Unrecht mit einer Haltungsaufforderung belästigten Dissidenten den Nachweis ihrer Nichtberuflichkeit fordert...

rechtigte Steuerbefreiung entstandenen Zeitverluste und Barauslagen erzielte?

Nur Probeheizungen. In unserer Nr. 505 verpofflichten kurzen Bemerkung über das Heizverbot und die Behörden schreibt uns aus dem Gerichtsgebäude an der Neuen Friedrichstraße ein Beamter, daß dort die von uns erwähnte Heizung an zwei Tagen festgefunden hat...

Ergebnis der Waffenabgabe in Groß-Berlin. Nach einer Meldung der Telegraphen-Lation betragen die festgestellten amtlichen Waffensammlungen für die Waffenabgabe im Landespolizeibereich Groß-Berlin 34.500 Gewehre, 1064 Maschinengewehre und Maschinenpistolen...

Antifemilische Hetze in Potsdam. Ueber Koch ist die Synagoge am Wilhelmplatz in Potsdam mit Gedenksteinen bemalt worden. Auch das Nebengebäude, in dem der Kassenbeamte der Synagoge wohnt, wurde mit diesem Tappan der Mittel beschnitten...

Im Kampf gegen den Nahrungsmittelwucher hat ein Gewerkschafter, der den Wucherer anzeigt, wie das Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung es empfiehlt, eine höhe Ueberrichtung erlebt. Er hatte bei einem Schankwirt eine Schrippe gekauft...

Vollbildungskami Neutulla. Am Dienstag, 19. Oktober d. J., abends 7 1/2 Uhr findet im Konvikt der Neuen Welt ein arabisches Volksfest mit dem Bandner-Orchester statt.

Neutullner Arbeiterkassenschule. Den Verhältnissen Rechnung tragend, haben wir den 3. Spielabend auf Donnerstag und nach Rebersbrake 27 verlegt.

Berichtigung. An der 5. Dultung für die Kriegsvermerkmale suchte es heilgen Anbaher, Angeleitete und Arbeiter der Firma Dube (nicht Dag) 1732,50 M.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Seite, 14. Oktober.

Grünen. Am 18. d. M. beginnt in Oberried, Dorstweilenshule, ein Arbeiterkurs. Teilnehmer werden sich vorher schriftlich beim Genossen Wieland, Dubenerstr. 1, melden.

Amsterdamer Juwelen-Niederlassung kauft Juwelen Unter d. Linden 17-18 Nahe Kranzler

300 Schreibmaschinen auch exportfähige und fremdsprachliche Adler, Ideal, Kappel, Mercedes, Oliver, Remington, Smith-Premier, Triumph, Torpedo, Underwood, Urania, Yost, auch breite Wagen, erstklassige Zubehöre, Bureau-Möbel, Reparaturen, Billig-Reisemaschinen. Schäfer & Claus Generalvertr. Stocwer Gebr. 1899

Kafao Schokoladenpulver Schokoladen in diversen Sorten Crem-Stangen Marzipan-Stangen Printen Knoertfurze und Kakaomasse empfehlen F. P. A. Kaufmann Berlin S. 14 Wallstraße 55-56

Schlafzimmer eigenes, mit 1,20 m breitem Schrank mit Spiegel (kompl. 4500.-), eigenes Spielzimmer mit 6 Vollberstuhlen 4250.-, eigenes Herrenzimmer mit großer dreiteiliger Bibliothek 4650.-, Mobelformular 4000.-, Rühren 350. Diese Gelegenheitsangebote in unserem Juwelenverkauftagen und Einzelkaufen zu enorm billigen Preisen. Hans Lennert, Getzlinger Str. 55, am Rotenbahler Platz.

Letzte Neuheit! Tropfsystem. Jeder Lampe liegt Gebrauchsanweisung bei. „Feuerhand“ die moderne Patent-Karbidlampe läst sich in 1/2 Minute fillen und reinigen, indem man den unteren Kessel in einer Sekunde heraus-schrauben kann. Karbidverbrauch außerordentlich minimal. Preis mit Glocke 45 Mark. (Nach außerhalb versenden wir die Lampe gut verpackt fr. zu, wenn uns 50.- Mk. eingesandt werden. Zahlungen können per Zahlkarte auf Postcheckkonto 37219 beim Postcheckamt Berlin erfolgen)

Ein schöner Abend heute Abend. werden Sie sagen, wenn Sie sich entschlossen haben, unsere Patentkarbidlampe „Feuerhand“ zu brennen. Die Tage werden immer kürzer und die Gasparstrunden schädigen Sie in Ihrer Arbeit. Haben Sie unsere Patentlampe „Feuerhand“ im Hause, so sind Sie dauernd mit gutem und billigem Licht versehen. „Feuerhand“ brennt stets ruhig und gleichmäßig, der Karbidverbrauch ist sehr minimal und Sie sind vollständig unabhängig von der Gasanstalt. - Bitte besuchen Sie uns, überzeugen Sie sich selbst, die Vorführung der Patentlampe „Feuerhand“ erfolgt ohne jeden Kaufzwang, täglich von 9-6. Karbid stets am Lager zu billigsten Fabrikpreisen per kg 5,50 Mark. Fabrikniederlage Franz Borowicz, Berlin SO. 26, Waldemarstrae 27. 1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz. Fernspr. Amt Mpl. 4573, 4676. Geschäftszeit von 9-6. Nach außerhalb Preisliste gratis u. franko.

Stoffe für Herren-Waer, Damen-Kostume, Kleider, 50.-, 100.-, 150.-, 200.- Mark. Koch & Seeland G. m. b. H. Gebr. 1898, Gertraudenstr. 20-21, Gebr. 1903. Zinn, Lagermetalle, Wollene Mantelstoffs, Eisen, Rostformmobel, Geschäftsbücher Gebr. Scherk, Köpenicker Straße 108.

Kreuzfuchse 300 M. Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- und Weifuchse, Damen-Pelzmantel, Herren-Geh- u. Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Fernspr. Cataway, Paletots, Ulster, früher bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Post, Rosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren.) Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

Der Parteitag in Kassel.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Ich habe im Landwirtschaftsministerium den Vorschlag ausarbeiten lassen und werde ihn der Reichsregierung unterbreiten, von Reich wegen den Landwirten die notwendigen Dünngemittel zur Verfügung zu stellen, wofür die Landwirtschaft nur den dritten Teil der Ware zu bezahlen braucht, während sie die übrigen zwei Drittel nach der Ernte in Form von Getreide liefern können. Die Vorbedingung dafür ist aber, daß die Erzeugung und der Vertrieb der künstlichen Dünngemittel der Privatwirtschaft entzogen wird. Das soll man aber dazu sagen, daß in der Abteilung des Ernährungsministeriums, die die Stickstoffpreise zu kontrollieren hat, ein einflussreicher Stelle ein hoher Beamter ist, von dem ich politisch weiß, daß er heftig ist. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Mann ist sehr heutzutage. Ich sage das aber hier vor aller Öffentlichkeit, um zu verhindern, daß er wieder ins Amt eintritt. Sein Vorschlag ist nicht das Allheilmittel, das nun sofort hilft. Wer so etwas glaubt, ist ein Narr oder ein bolschewistischer Verbrecher, wohl aber schämen wir uns auf diesem wichtigen Gebiet einen Weg, der uns befreit von den Schäden, in die uns der verheerende Kriegswahnsinn geschleudert hat. (Lebhafter Beifall.)

Rehrigke-Verlin: Warum hat Wiffell die Zeit seiner Ministerkandidatur nicht besser ausgeschützt für die Umbildung der Kriegswirtschaft in die Planwirtschaft? Wiffell, Schmidt und Wiffell haben Fehler und Verfaulnisse gemacht und wir kritisierten daher heftig. In Potsdam wurde verhindert: Die Sozialisierung ist bel. Das mußte Entschuldigungen hervorgerufen. Beim Steuerabzug richtete sich der Widerstand der Arbeiter nicht gegen diese Einrichtung an sich, sondern nur dagegen, daß die Einkommen der Arbeiter und Angehörigen schloß erfüllt wurden, während gegen die Steuerhinterziehung der Kapitalisten nichts geschah.

Seifmann-Verlin:

Am Dezember vorigen Jahres hat die Preussische Landesparlamentarier mit den Stimmen aller Arbeiterabgeordneten die Vorlage auf Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke angenommen und seitdem liegt diese Vorlage beim Reichsministerium des Innern. Die Reichsregierung hofft aber dringend, daß diese von Preußen angenommene Vorlage durch die Zustimmung des Reiches nur auch Gesetz wird.

Ich bitte weiter um Annahme meines Antrags, dem Ernährungsminister

Dr. Hermes hat Mistranten auszusprechen.

Es handelt sich dabei gar nicht um den Kampf um Zwangs- wirtschaft und freie Wirtschaft. Für beide gibt es Gründe. Es handelt sich vielmehr darum, daß Minister Hermes sein Amt in leidenschaftlicher und gemäßigter Weise dazu mißbraucht hat, daß deutsche Volk schwer zu schädigen. (Hört! hört!) Hermes hat der Reichsregierung und dem Reichsausschuß für Dele und Gesteine verboten, weitere Einfäufe zu machen, weil er im Ausland die freie Wirtschaft mit Ketten bestücken wollte. Hermes hat es aber nicht und kam dann im September zu der Erkenntnis, daß sein Plan nicht durchführbar ist und hat nun keine Lösung gegeben, einzulassen. Inzwischen aber waren die Preise für alle Gesteine bedeutend gestiegen, denn der Stand der deutschen Wirtschaft war gefallen. Für die Margarinerzeugung ist jetzt das Kilo 21 M gegen 11 M Anfang Juni. (Hört! hört!) Der dem deutschen Volk zugefügte Schaden beträgt hier allein 600 Millionen. (Hört! hört!) Sollte Hermes den Reichsausschuß einlaufen lassen, als er einlaufen wollte, so würde die Margariner heute um die Hälfte billiger hergestellt werden können. (Lebhafter Hört! hört!)

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Höchstmißtrauen in Bayern. Mit der Reichsregierung schreiben zurzeit Verhandlungen über ein Höchstmißtrauengesetz. Bayern hat rat den Reichsausschuß abgelehnt, weil in Bayern bereits Mißtrauungsmaßregeln bestehen.

Verkauf des Reichsbesitzes. Der Schneider Karl Wagner aus Chemnitz, der sich der Münchener Entschuldigungskommission gegenüber bereit erklärte, verbotenes Kriegsmaterial zu verkaufen, wurde gestern vom Münchener Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Gesetz wegen Verstoßes militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Verantwortung der Apotheken in Hamburg? Wie die A. L. erzählt, wird der Hamburger Senat demnächst einen Gesetzentwurf betreffend die Verantwortlichkeit der Hamburger Apotheken vorlegen.

Tommy. Der inoffizielle Waffe, dem lachenden Spott, zu treffen, ist für sie geradezu für ein volkstümliches Theatral. Die Aufnahme von Tommy auch im Hofe-Theater höchst erfolgreich. Die langsam vorbereitete Aufführung ließ alle Bühnen wirksam wirken. Das Wollen war gut herausgearbeitet (abgesehen von dem großen Hammer), die Hauptrollen waren trefflich besetzt, und nur die Dialogschwierigkeiten waren nicht immer überwunden. Der schiffige Bauernfickel Adolf Schröder, der machtvollere Spielmannsbesitzer Hans Moses, der glückliche, brave Schönheitskünstler waren gut getroffen. Außerordentlich schlugen die Darsteller ein: Der königliche, bald hochfahrende, bald lachende Herrmann (Wald Ruch), das Jammerkind des Geistes, dem Herr Richter schon durch seine Figur zu großer Wirkung verhalf, und nicht zuletzt der jomale Landrichter (Hans Hammel). Unter den Frauen war die schlaue Helfert, das Gesandte zu Mutter Wolf, am besten geraten (Edith Maden). Stille Heiterkeit und lautes Lachen beherrschten den Abend.

Eine Einführung in die Relativitätstheorie hat Dr. Viktor Engelhardt im Volkshochschul-Verlag Charlottenburg herausgegeben. In knapper, aber klarer und anschaulicher Weise ist das neue Weltbild dem alten bisherigen gegenübergestellt, so daß in der Tat für den, der das Büchlein durchdenkt, eine erste Einführung in die Anschauungen Einsteins gegeben ist. M. H.

Die Kunstfreie Kunstschau Berlin 1920. In der Veranlassung in den August-Expositionen führte Kaiser Hermann Sandt zu dem, daß die Kunstfreie Kunstschau als völlig neuartige, von Künstlern aller Richtungen beiderseits Ausstellung ganz besonders geeignet sei, dem Künstler ein von allem Richtungszwang befreites Schaffen zu erlauben. Es sei zu hoffen, daß aus einem von Richtungszwang und Klauenwesen unabhängigen Kunstschaffen eine selbständige und gesunde Kunstentwicklung sich ergeben werde, die das Kunstschaffen Berlins von seiner Versteiftheit und Beschränktheit befreit. Sandt hat deutete an, daß bereits die ersten erfolgreichen Schritte ausgeführt seien, um auf dem Wege über den Gemeinbau der Berliner Bevölkerung eine Verwirklichung dieses Kunstinteresses zum besten Besten zu erreichen. Die Ausführungen fanden großen Beifall.

Theater. An der Volksbühne werden morgen, Freitag, die Vorstellungen von „Hans und Grete“ und „Der Herr mit dem weißen Koffer“ und „Die drei Kasperl“ wieder aufgenommen.

Zur nächsten Konzert-Woche. Das in der letzten Konzert-Woche Dr. Singers erklärte und von Adolf Weismann trübten Titel „Kunstliche Politisch Kabarett“, was wir hier noch nachfragen möchten.

Ein Franz-Verfall-Abend wird von Käthe Verema von der Volksbühne am 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale der Berliner Gesellschaft veranstaltet.

Die Verkleinerung überhöhter Kunstgegenstände aus dem höchsten Staatsministerium brachte am ersten Tage einen Erlös von etwa drei Millionen Mark, eine Summe, die wiederum lebhaft den Staatskassen durch Verkauf anderer wertvoller Kunstgegenstände zugunsten kommt.

Demokratie oder Diktatur?

Kassel, 14. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Beginn der heutigen Sitzung 10 Uhr. Der Vorsitzende sprach über ein Telegramm des auswärtigen Amtes, das mitteilt, daß die Außenminister für die russische Delegation verlängert worden ist bis zum Erhalt der Einreiseerlaubnis nach Italien. (Beifall.) Darauf erteilt er dem dritten Redner

Dittmann

das Wort: Durch die gestellten Aufnahmebedingungen und die Erfolge des zweiten Kongresses der Dritten Internationale sind diese Fragen aufgeworfen worden, die gegenwärtig für das revolutionäre internationale Proletariat von Bedeutung sind. Däumig hat gestern der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir durch unser Bestreben zur Diktatur den Boden der Demokratie verlassen haben. Das ist grundfalsch, denn die Diktatur des Proletariats, zu der wir uns bekennen, ist für uns nur Übergangsperiode im Kampf. Und

die Demokratie im Sozialismus

bleibt dauernd Gegenstand unserer Auffassung. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht die utopische Vorstellung vertreten, daß die Verwirklichung des Sozialismus jederzeit möglich ist. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß der Sozialismus nur möglich ist auf den konformistischen Grundlagen, die der Kapitalismus geschaffen hat. Wir wissen auch, daß der Krieg eine Erleichterung der politischen Revolution gebracht hat. Die blinde Gewaltanwendung bei den Anhängern Roskows mit dem deutschen und westeuropäischen Proletariat zum Verhängnis werden. (Sehr gut! richtig.)

Die fatalistische Stimmung, aus der heraus gestern Däumig sagte, daß es nur zwei Wege gäbe, entweder sofortige Eroberung der Gewalt oder dauernde Verleumdung, ist grundfalsch. Auf alles gefaßt sein, jetzt und immer, das allein kann die Parole sein, auf die wir uns jederzeit einstellen müssen. (Beifall redet.) Wir halten nach wie vor an der

Auffassung Kassels

fest, daß man die ganze Kraft auf das nächste Ziel konzentrieren muß, ohne allerdings das Endziel aus dem Auge zu verlieren. (Sehr richtig! richtig.) Gerade Lenin war es, der in seinem Buch über die Kinderkrankheit des Kommunismus diese Auffassung in schärfster Weise vertritt. Redner betont dann an Lenins Worten, daß dieser ausdrücklich ausführt, die Bolschewisten hätten ihre Erfolge nur errungen, weil sie von Schritt zu Schritt vorgegangen seien, vorsichtig und abgemessen. „Ohne Kompromisse“, so steht nämlich bei Lenin, „ist es unmöglich, den Sieg zu erringen.“ (Hört! hört!) Diese Auffassung ist auch ganz die unsere, die wir jederzeit vertreten werden. Man macht nicht mit Gewalt die breiten Massen, die noch dem sozialistischen Ideal fernstehen, zu Sozialisten, sondern das geschieht nur

durch geistige Umstellung.

(Beifall redet.) Und dabei teilen wir nicht die rechtssozialistische Auf-

fassung, wonach die Nachterzählung eine reines Nachwehen ist. Gegenüber den Zwischenrufen von links stellt Dittmann fest, daß dieser Parteitag ein solcher der U. S. P. sei, nicht der Kommunisten, deren Anhänger endlich auch noch außen bei den Konsequenzen für ihre Haltung stehen sollten. (Bewegung und Lärm.) Die Linke wirft uns vor, daß wir, Crispian und die Bremer gewesen seien. Ich stelle gerade das Gegenteil fest, daß wir stets die Äußerungen waren, während Däumig und Stöcker meist schwiegen, um erst nach einiger Zeit zu erklären, im großen und ganzen sind wir mit den Ausführungen Crispian und Dittmanns einverstanden. Um ihr revolutionäres Gesicht zu wahren, haben sie stets um Einzelheiten gestritten, wie überhaupt ihre Meinungsverschiedenheiten mit uns sich stets in Einzelheiten ergaben. Genau so war es in Moskau, wo wir immer sprechen mußten und die Däumig und Stöcker da saßen und schwiegen.

Die Kämpfe der Revolution müssen von Fronten kampf geführt werden, nicht von hinten, die immer hinten stehen. (Lebhafter Beifall redet.) Wir brauchen nicht erst die Erlaubnis von Roskows, um zu wissen, daß unsere Partei kräftiger organisiert werden mußte. Wir sind stets dafür eingetreten (zuruf Crispian: Die Parteigenossen wissen das auch). Ganz recht ist es, wenn Däumig sagt: Was die Dritte Internationale beschließt, muß ausgeführt werden. Dazu ist es aber notwendig, daß das beschlossen wird, so ist, daß es in Deutschland und Westeuropa ausgeführt werden kann. (Lebhafter Beifall redet.) Diese Auffassung haben wir stets als die deutsche vertreten, worauf Genosse Trotski in demagogischer Art Weismann, Hollweg und Scheidemann nannte und gemeint hat, ob wir diese Art Deutsche meinen. (zuruf: Innerhörl!)

Russische Regierungskreise

haben uns nicht beirrt. Die russischen Genossen anzuschließen. (Beifall redet.)

Redner bringt dann Einzelheiten über die Verhandlungen in Moskau, wobei er den linken Delegierten vorwirft, daß sie die Beschlüsse des Leipziger Parteitages, mit den Russen zu verhandeln, überhaupt nicht erfüllt haben, sondern sich ohne weiteres mit allem einverstanden erklärten. Das ist Bertalan der Partei. (Beifall redet.) Wegen den militärischen Anforderungen werden wir uns unter allen Umständen. Das nennen wir nicht Zentralisation oder gar demokratische Zentralisation. (Lebhafter Beifall redet.) Redner verliest dann einen Bericht über eine Rede von Sinowjew, die dieser vor seiner Abreise nach Deutschland in Russland gehalten hat, worin er ebenfalls gegen diese strotzige Art militärischer Zentralisation Ausführungen macht. Däumig war es auch, der uns unterführte, Stöckers Unsinn abzuweisen, in einem Brief an Reichsminister Müller zu betonen, daß wir nur für eine Räterepublik eintreten würden. (Hört, hört!) Wir sind uns darüber klar, daß wahrscheinlich als Übergangsstadium eine rein sozialistische Regierung kommen wird, und Däumig war mit uns da vollkommen einig.

Tagung des Reichskohlenrates.

Heute trat der Reichskohlenrat zu einer Vollversammlung zusammen, an der 54 hundertachtzig Mitglieder teilnahmen. Die Hauptpunkte der Tagesordnung betrafen die Lage unserer Kohlenverwertung und die Wirkung des Spa-Abkommens, sowie die Sozialisierungsfrage. Generaldirektor Adnigter berichtete über die Lage unserer Kohlenwirtschaft und über die Durchführung des Spa-Abkommens, daß im August, dem ersten Monat des Abkommens, die vorgezeichneten Mengen voll geliefert worden seien, mit Ausnahme eines Rückstandes von 27000 Tonnen, die für Italien bestimmt waren, während im September bei den westlichen Kohlenmedien ein kleiner Rückstand eingetreten ist. In Oberschlesien, wo die ganze Versorgungsgewalt in den Händen der ober-schlesischen Abstimmungskommission liegt, konnten nach Italien 16000 Tonnen Kohle nicht geliefert werden, teils wegen mangelhafter Befüllung der italienischen Wagen, teils wegen der im Revier getroffenen Verfügungen. Die gewaltige Leistung, die Deutschland mit der Anbringung dieser Mengen bisher vollbracht hat, hat hoffentlich gezeigt, daß es uns mit der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen bitter ernst ist. Sie hat aber auch besonders im Ausland den Eindruck erweckt, als ob uns diese Leistung bisher verhältnismäßig leicht geworden wäre und daß die erwarteten Wirkungen auf die deutsche Kohlenverwertung und auf die deutsche Wirtschaft überhaupt nicht eingetreten wären. Zum Beweise dafür, daß diese Annahme nicht berechtigt ist, gab der Redner einen Überblick über die Verhältnisse unserer Kohlenverwertung. So hat der Reichskohlenkommissar den Eisenbahnen die nötigen Wintervorräte nicht zuführen können. Diese haben vielmehr in den letzten Monaten nur die laufenden Bedarfsmengen erhalten können, so daß der Vorrat der Eisenbahnen heute nicht höher ist, als im Sommer. Die Eisenbahnen haben in Norddeutschland verfügen über einen etwas höheren Bestand, was durch die schwierigeren Verhältnisse bedingt wird. Die deutsche Industrie ist eifrig bemüht, sich auf minderwertige Brennstoffe, insbesondere auf Rohbraunkohle umzustellen, die Erwartungen auf die Wirkung dieser Umstellung dürfen aber nicht überspannt werden. Der Vorrat der französischen Eisenbahnen, der im Januar 190000 Tonnen betrug, hatte sich Anfang September auf 800000 Tonnen gesteigert und damit die normale Höhe der Vorkriegszeit erreicht. Die Pariser Gasanstalten, die 1910 nicht mehr als 25000 Tonnen Vorrat hatten, verfügten Anfang September über 900000 Tonnen, monoch anzurechnen ist, daß die Pariser Gasanstalten jetzt bereits ihren ganzen Winterbedarf gedeckt haben. Die Bestände der gesamten deutschen Gasanstalten dagegen sind gegen den 1. August um 40000 Tonnen zurückgegangen. Die Groß-Berliner Gasanstalten verfügten am 1. Oktober d. J. über ganze 47000 Tonnen, die für etwa 8 bis 10 Wintertage reichen. Noch am 1. Juli hatten die Groß-Berliner Gasanstalten einen Bestand von 83000 Tonnen; der Vorrat ist aber selber um fast die Hälfte gesunken. Die Vorräte der Präfektur des Seine-Departements belaufen sich nach den Mitteilungen der französischen Minister auf 150000 Tonnen, während sie im vorigen Jahre zur selben Zeit kaum 60000 Tonnen betragen hatten. Bei uns in Deutschland dagegen war die Hausbrand-Versorgung im ganzen Reiche auf Grund der Hausbrand-Versorgung des Reichskohlenkommissars nach dem Stand vom 1. September 105 Proz. des Belieferungsstandes zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist also dieses Jahr nur unmerklich besser. In Deutschland muß nach wie vor bei den von der Steinkohle abhängenden Elektrizitätswerken die Stromabgabe (chari rationiert, neue Anschlüsse, selbst wichtiger Betriebe, können nicht vorgenommen werden. Mehreren großen, für die Landwirtschaft wichtigen Heberlandzentralen haben die Sonderzwecksumsätzen an Prüfungs-Kohlen nicht oder nur erheblich gekürzt zugeführt werden können. Auch der große Mangel an Schmiedelablen auf dem ganze bei sich wieder stark verhärtet. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß es an den nächsten Anstrengungen, um auch im Winter zwei Millionen Tonnen monatlich zu liefern, nicht fehlen werde, daß allerdings die Durchführung der vollen Belieferung wesentlich von der Gestaltung der Transportverhältnisse abhängen dürfte.

Der Schweizer Bundesrat hat die Bewilligung zur Einreise von russischen Delegierten zum Schweizerischen Gewerkschaftskongress abgelehnt.

Kätorepublik Köthen — eine Spitzeltat?

Im Köthener Kommunistenprozess behauptet der Hauptangeklagte, Privatlehrer Berg aus Saarbrücken, eine rote Armee in Sachsen und Anhalt sei am 18. August zum Aufstand bereit gewesen, vorher habe sie noch vor den Toren Magdeburgs eine Übung abgehalten. Die Verteidigung bezeichnet Berg als Spitzel, der im Einverständnis mit Escherich und Polizeirat Nidel in Magdeburg gehandelt und den Kutsch in Köthen provoziert habe. Sie beantragte die Ladung Escherichs, Nidels und des Forstrats Escherich.

Die Arbeit der Botschafterkonferenz.

Paris, 14. Oktober. Die heutige Botschafterkonferenz unter dem Vorsitz Jules Cambons beschäftigte sich mit der Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon durch die Budapest Regierung. Ferner antwortete sie auf verschiedene Fragen, die von den einzelnen Grenzseparationskommissionen an sie gerichtet worden waren. Die Konferenz trat dann in einen Meinungsaustrausch ein über den genauen Artikel 104 des Friedensvertrages von Versailles zwischen Polen und der freien Stadt Danzig abzusprechenden Vertrag. Ein Ausschuss wurde beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten, der der Volkskammerkonferenz vorgelegt werden soll.

Versailles eine Hinrichtung.

London, 14. Oktober. (Medung des Holländisch Neutembureau.) Entgegen verschiedenen Meldungen erklärte Lord Parmoor, der Vorsitzende der internationalen Wirtschaftskonferenz in London offiziell: Dr. Köthener sei von der englischen Regierung der Spitzeltat verweigert worden. Daraus bemerkte Garding, der frühere Chefredakteur der „Daily News“, dieser Schritt der englischen Regierung sei eine Schande. Bisher sei kein deutscher Pressedirektor in England zugelassen, während einige zwanzig englische Journalisten in den besten Hotels Berlins leben und dort sehr freundschaftlich behandelt würden. Er wurde von dem bekannten englischen Schriftsteller Jerome dahin korrigiert, daß einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ gerade erlaubt worden sei, auf drei Monate versuchsweise nach England zu kommen. Der Redner betonte, die Versailler Konferenz sei keine Friedenskonferenz gewesen, sondern eine Hinrichtung, und dem Gesagten sei dabei nicht einmal erlaubt worden, sich zu verteidigen. Man könnte ebenso gut die Kämpfe der Indianer vor dem Stalpierten ihrer Feinde eine Friedenskonferenz nennen.

Deutsch-ungarisches Handelsabkommen.

Budapest, 14. Oktober. (A. L.) Der kürzlich abgeschlossene deutsch-ungarische Handelsvertrag wird in den nächsten Tagen von der ungarischen Regierung ratifiziert werden. Die Verhandlungen, welche Finanzminister Baron Boranyi, der gegenwärtig in Berlin weilt, führt, haben zu dem Ergebnis geführt, daß Deutschland sich bereit erklärt, alle Grenzüber-schüsse Ungarns gegen Markauszahlung zu übernehmen und die Kompensationsartikel in Industrieerzeugnissen zu liefern. Gleichzeitig wird über ein ungarisches Markguthaben und eine ungarische Markleihe verhandelt.

Soziale Fürsorge in Deutschland.

Die österreichische Nationalversammlung hat beschlossen, daß bei einem Jahreseinkommen von 36000 Kronen für den Invaliden, von 24000 Kronen für eine Witwe und von 12000 Kronen für eine Waise die Hinterbliebenen- und Witwenrente unverändert bleibt und daß bei Verbleiben der Witwe nach der Hinterbliebenenrente diese auf 54000 Kr. erhöhen. Eine Herabsetzung der Rente erfolgt erst, wenn obiges Jahreseinkommen überschritten wird, und zwar bei je 800 Kronen Jahresmehreinkommen 480 Kronen Verminderung der Rente.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung der „Victoria“-Angestellten.

Die am 2. Oktober durch Aussperrung von circa 4000 Angestellten erfolgte Stilllegung des Direktionsbetriebes der Versicherungs-Aktiengesellschaft „Victoria“ ist ein Akt brutalster Unternehmerrückwärtschau und so unerhört in der Angestelltenbewegung, daß sich die breiteste Öffentlichkeit immer wieder mit diesen Vorgängen eingehend beschäftigen muß.

Wiederholt haben wir uns über die Entziehung dieses Konfliktes und über die einzelnen Verhandlungsphasen des Betriebsrats mit der Direktion der „Victoria“ verbreitet. Immer wieder haben wir hierbei feststellen müssen, daß die Direktion, besonders durch den Mund ihres juristischen Direktors Tiedle sowie des Profuristen Plantiow, dem Betriebsrat gegenüber in nicht zu überbietender Schroffer und diktorischer Art aufzutreten beliebte, so daß eine Einigung auf einer beiden Seiten zugrundeliegenden Grundlage bisher nicht zu ermöglichen war und, wenn von der Direktion in diesem Sinne weiterverhandelt wird, eine Einigung in absehbarer Zeit überhaupt nicht zustande kommen kann.

Die Angestellten, fest entschlossen, sich keinem Nachspruch der Unternehmer zu beugen, verlangen, daß der von ihnen gewählte Betriebsrat auch nicht eine Stunde länger obdachlos seine Amtsgeschäfte, sozusagen, im Umherziehen ausüben muß. Der Betriebsrat hat auch ferner das Interesse der durch unsere Aussperrung geschädigten Versicherten, insbesondere der Witwen und Waisen, zu vertreten. Wo bleiben die Aufsichtsinstanzen? Würde es sich um Willkürakte der Arbeitnehmer handeln, wären sicher die zuständigen Behörden längst eingeschritten. Hier, wo es sich um das Wohl und Wehe von Tausenden Arbeitnehmern handelt, verlangen die Behörden vollständig.

Wir fordern im Interesse der Allgemeinheit sofortiges Einschreiten der zuständigen Behörden.

Arbeitnehmer des Buchhandels. Freitag, den 15. Oktober 1920, ab 5 Uhr, im Schulbühnen-Verein bei 22-21, Söllersammlung aller Angestellten und Marktbesitzer des Groß-Berliner Buchhandels. Tagesordnung: 1. Mitteilung des Schiedsgerichts. 2. Bekanntgabe der Entscheidung der Arbeitgeber. 3. Beschlußfassung über die zu treffenden Maßnahmen.

Wirtschaft

Gefahren für die kommende Ernte.

Wenn von unserer Ernährung die Rede ist, hört man immer die Forderung, daß wir in erster Linie unsere heimische Produktion erhöhen müssen. Inländischer Roggen und Weizen kosten circa 1800—1900 M. die 1000 Kilogramm, während sich ausländischer auf 5800—6200 M. stellt und bei 2 Millionen Tonnen eine Ausgabe von 12 Milliarden bedingt. Es werden Flugblätter verbreitet, nach denen bei Palmfrüchten durch Stickstoff-Mehrerträge von 50 Proz. durch Volldüngung solche von 50 Proz. herausgewirtschaftet werden können. Die Forderung nach einer reichlichen Stickstoffdüngung ist daher nur allzu gerechtfertigt. Bis April 1920 war in Kalkstickstoff die Nachfrage härter als das Angebot, jetzt ist das Gegenteil eingetreten. Der Preis für 1 Kilogramm Stickstoff betrug 1917 und beträgt noch heute für Kalkstickstoff 1,40 M. Dazu kam früher eine Reichsumlage von 0,30 M., im ganzen also 1,70 M. Jetzt ist der Preis 10,70 M. für 1 Kilogramm, weil die Umlage, welche das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erhebt, von 30 Pf. auf 9,80 M. erhöht ist. Ein Wagon von 10 000 Kilogramm, der 1917 circa 3000 M. kostete, stellt sich heute auf circa 20 000 M. Durch die Umlage werden anscheinend die Kosten der Erhöhung der Röhre, der Kohlenpreise und Kohlensteuer ausgeglichen, aber da wir Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel auf die Reichskasse übernehmen, wäre es wohl richtiger, einen Teil davon zur Verbilligung der Düngemittel auszugeben, denn diese Milliarden würden im Ausland verbleiben, produktiv tätig sein und bei der nächsten Ernte durch Mehrerträge bedeutend verbilligt; als Nationalvermögen wieder aufkaufen, während die Ausgaben an das Ausland für unser Nationalvermögen verloren sind. Durch die hohe Umlage erzielen wir das Gegenteil. Es wird bedeutend weniger Stickstoff abgenommen, das Angebot ist groß, aber es wird wegen der zu hohen Umlage wenig gekauft. Alle halbamtlichen Hinweise, daß die Produktionskosten noch viel höher seien, daß man nur durch Gewinn auf günstigere Verläufe ins Ausland den Preis noch so niedrig halten könne, usw., erweisen sich als wirkungslos. Man schaut die Ausgabe von 20 000 Mark für einen Wagon, befürchtet den Betrag nicht herauszuwirtschaften, und wenn es so bleibt, werden wir 1921/22 keinen Mehrertrag, sondern einen bedeutenden Minderertrag zu verzeichnen haben. Die Umlage wird unter solchen Umständen auch nicht den errechneten Betrag einbringen. Jede Abgabe ist unfruchtbar und schädlich, wenn sie unsere einheimische Ernte gefährdet, daher sollte man die Umlage ermäßigen und den Ausfall auf andere Weise einbringen. Sicher läßt sich ein Weg finden, daß der Landwirt die Umlage in irgendeiner anderen Form trägt. Schnellste Abänderung dieser Umlage ist das Gebot der Stunde, denn an einer Bewirtschaftung, so intensiv wie durch Volldüngung nur irgend möglich, haben wir alle, ohne Unter-

schied der Partei, das allerdringendste Interesse, und jede Maßregel, die hier irgendwie hindert, muß auf dem allerjchnellsten Wege abgestellt werden.

Eine Reichsfachgruppenkonferenz der Betriebsräte.

Die Betriebsräte der Mühlenbau-Industrie beschäftigen demnächst eine Reichskonferenz abzuhalten. Der Zweck der Konferenz soll sein, den zu erwartenden großen Auslandsbedarf auf die vorhandenen Betriebe zu verteilen, um damit die Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen zu bekämpfen. Auch die Gestaltung der Verkaufspreise soll beraten werden. Bis jetzt haben 16 Betriebe (fast die ganze Industrie) mit schätzungsweise 20 000 Arbeitnehmern sich für die Beteiligung an der Konferenz erklärt. Die Werksdirektionen nehmen vorläufig eine ablehnende Haltung ein. Das Reichswirtschaftsministerium wird voraussichtlich vertreten sein. Auch in der Mühlenbau-Industrie ist trotz guter Zukunftsaussichten in den meisten Betrieben verkürzte Arbeitszeit, weil der Absatz infolge der zu hohen Verkaufspreise und der Ausführungsschwierigkeiten augenblicklich stochert.

Zur Sozialisierung des Bergbaues wird der Reichskohlenrat demnächst Stellung nehmen. Der Geschäftsführer des Reichskohlenrates, Generaldirektor Königeter, hat eine Denkschrift vorgelegt, die Beachtung verdient. Königeter, der seit Jahren in der Kohlenwirtschaft an führender Stelle steht, geht auf die Vorschläge der Sozialisierungskommission ein und stellt ihnen die pra-

Wir bitten unsere Inserenten

wegen des Andranges von Anzeigen
Inserate für die Sonntags-
nummer möglichst bis

Freitag mittag 1 Uhr

in unserer Haupt-Expedition,
Lindenstraße 3, aufzugeben.

Vorwärts-Verlag.

lichen Erfahrungen, Möglichkeiten und Bedürfnisse gegenüber. Er betont nachdrücklich, daß die Sozialisierungsfrage keine Privatangelegenheit des Bergbaues, sondern eine Lebensfrage des gesamten deutschen Volkes ist. Trotz allen Strebens nach Sozialisierung sei die Fähigkeit zur Gemeinwirtschaft heute geringer als je, die Gemeinwirtschaft arbeite mit einem ungeheuren Verbrauch geistiger Kräfte. An der Hand der bisherigen Erfahrungen wird deutlich auf die in den Vorschlägen der Sozialisierungskommission liegende Gefahr der Bürokratisierung hingewiesen. Schließlich wird die Stellung der Angestellten und Arbeiter des Bergbaues behandelt. Auch diese haben ebenso wie die Allgemeinheit das größte Interesse an niedrigen Selbstkosten der Kohle, also niedrigen Kohlenpreisen; nicht nur weil sie mit einer anderen Politik in einem Gegensatz zu der ganzen übrigen Bevölkerung getrieben würden, sondern auch deswegen, weil in der Gemeinwirtschaft ja so oder so das im Bergbau angelegte Kapital verginst werden müsse, das Reich sogar für sich höhere Einnahmen aus der Kohlenwirtschaft erwarte, so daß der ausgiebige Druck sich viel mehr als bisher auf die Bohrkosten fortspinnen werde. Daraus erwachse für den Bergmann die Gefahr, daß eine Gemeinwirtschaft, die höhere Selbstkosten bringe, sich als eine Waffe gegen den Bergmann selber lehre. Zusammenfassend sagt Königeter: „Wir müssen voranzutreten auf dem Wege der Gemeinwirtschaft und in Wäde zur Klarheit in den Produktionskosten des Bergbaues gelangen, den Bergarbeiter und Angestellten immer mehr zu verantwortlichen Mitträgern der Gemeinwirtschaft machen und eine großzügige Produktionswirtschaft treffen. Das aber muß durch Mittel geschehen, deren die Produktion fördern und verbilligende Wirkungen abzulesen sind.“ Die Schrift ist vom Verlag Deutsche Kohlenzeitung Berlin W. 85 (Preis 2 M. inkl. Porto und Verp.) zu beziehen.

Fortschrittende Konzentration. Die Sommerfelder Textilwerke Aktiengesellschaft in Sommerfeld, Bezirk Frankfurt a. O., welche der Aktiengesellschaft Lichterberger Wollfabrik Berlin und Forst angegliedert ist, hat, wie der „Konfessionär“ mitteilt, zu ihren in Sommerfeld betriebenen 5 Werken noch den Betrieb der Firma Albert Lewin, welcher seit circa 25 Jahren in Sommerfeld besteht, mit übernommen. Die Sommerfelder Textilwerke erweitern damit ihren Betrieb um 7 komplette Spinnereien und mehr als 100 Webstühle.

Aus aller Welt.

Flugverkehr München—Wien. Vom 20. Oktober an eröffnen die bayerischen Kumpfer-Werke mit drei Flugzeugen einen regelmäßigen Luftverkehr München—Wien. Der Führer eines der Flugzeuge ist der bekannte Kampflieger Oberleutnant Udet.

Folgen der Hungersnot in China. In China sterben täglich mehr als 1000 Personen den Hungertod und über 30 Millionen leiden schwer unter dem Mangel an Nahrungsmitteln. So berichtet das Rote Kreuz, welches das amerikanische Staatsdepartement ersucht, sofort eine Hilfsaktion einzuleiten.

Aufführung des Platin-Diebstahls. Der Platin-Diebstahl in Dortmund ist aufgeklärt. Der gestohlene Kessel im Werte von zwei Millionen Mark war in Isereion von den Dieben vergraben worden. Einzelne Teile desselben wurden in Düsseldorf beschlagnahmt. Sieben Hefelöhner wurden als Diebe und Helfer verhaftet.

Ein Sensationsprozess in Hamburg. Montag nachmittags begann vor der Strafkammer Altona der Sensationsprozess gegen den Leiter der „Deutschen Ritterschaftskommission“, Adolf Müller. Müller ist auf Grund des § 180 des Strafgesetzbuches der Kupplei beschuldigt. Universitätsprofessor Dr. Ude-Grag der als Zeuge vernommen werden soll, ist in Hamburg bereits eingetroffen. Zugunsten des Angeklagten ist eine Reihe von Gutachten hervorragender Mediziner, Juristen usw. eingegangen, u. a. von Prof. Stern-Düsseldorf, Dr. Rumm-Berlin, Prof. Rittermeier-Gießen, Prof. Würster, Samuel Keller-Freiburg usw. Der Prozess erregt das größte Aufsehen, um so mehr, da durch ihn die Frage der staatlichen Duldung der Bordelle aufgerollt werden wird.

Ein neuer Flugrekord. Auf dem Flugfelde von Buc bei Paris stellte der französische Flieger de Romanet einen neuen Schnelligkeitsrekord auf, indem er in einer Stunde 292 Kilometer 682 Meter zurücklegte.

Explosion bei Stoda. In den Stodamerken in Bissen explodierte am Dienstag ein unter altes Eisen gehaltenes Stück Stahl, welches mit Dynamit gefüllt war. Ein Arbeiter wurde getötet, drei schwer und drei leicht verletzt.

Neues Großfeuer in Hamburg. Auf dem auf der Bullenwerft in Hamburg liegenden Dampfer Victoria Luise (Hamburg-Amerika Linie, Raumbelast 18 000 Tonnen) brach gegen Mitternacht Großfeuer aus. Die Hamburger Feuerwehr wurde mit vier Jagen zur Hilfeleistung herbeigerufen. Der Brand entstand wahrscheinlich durch Selbstentzündung in den früheren Rührkämen. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf seinen ursprünglichen Herd zu beschränken. Der Dampfer gehört zu denjenigen Schiffen, die nicht abgeliefert zu werden brauchen, sondern der Dapag verbleiben; er war während des Krieges als Hilfskreuzer in Dienst gestellt.

Neuer Ausbildungsplan. Eine nordwestdeutsche Messe für Landwirtschaft und Fischerei wird im Herbst 1921 mit der Kieler Woche für Kunst und Wissenschaft, die alle Jahre wiederkehren soll, verbunden werden. Die Kunst- und Wissenschaftswochen will man in Zukunft etwas mehr volkstümlicher ausbauen und Veranstaltungen einführen, die mehr der breiten Masse zugänglich gemacht werden sollen.

Getreide als Brennmaterial. Der „New York Herald“ meldet, daß der Präsident der Vereinigung der amerikanischen Pächter, Howard, nach einer Besprechung mit einer Delegation der Pächter von Iowa erklärt habe, daß, wenn der Kohlenpreis in allernächster Zeit nicht sinke, die Pächter von Iowa gezwungen sein würden, einen großen Teil der diesjährigen Ernte als Brennmaterial zu benutzen. Der Preis der Kohle beträgt 29 1/2 Dollar, während derjenige des Getreides sich nur auf 15 1/2 Dollar stellt. Außerdem besitze das Getreide ebenso viel Heizkraft wie die Kohle!

Anlage von Talperrren in Böhmen. Zur Versorgung Prag mit Wasser wird mit dem Bau von zwei Talperrren an der Moldau begonnen. Die Talperrren bezwecken nicht allein die Schiffbarmachung der mittleren Moldau, sondern sollen gleichzeitig die Anlage von zwei Hydrozentralen ermöglichen. Die erste Talperrre soll eine 24 Meter hohe Sperrmauer haben, die zweite, welche 10 Kilometer oberhalb der ersteren angelegt werden soll, eine solche von 80 Meter Höhe. Diese letzte Talperrre allein käme für das neue tschechische Wasserwerk Prag in Betracht, da der Spiegel dieser Sperre hoch genug gelegen sein wird, um ein selbsttätiges Zuließen des Wassers nach Prag zu ermöglichen. In Prag wird ein neues Stadtröhren für das Trinkwasser gebaut werden, während das jetzige für die Leitung des neuen Wasserwerks verwendet werden soll.

Tschechische Flugzeugindustrie. Die Militär-Luftfahrt-Abteilung in Olmütz hat dieser Tage die ersten Flugzeuge, die im Inland erbaut wurden, erhalten.

Johannes Ous tschechischer Heiliger. Der Erzbischof von Belgrad teilte dem Zentralauschuß der Tschechoslowakischen Nationalkirche in Prag mit, daß die orthodoxe tschechische Kirche Johannes Ous zum Heiligen erklären werde.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Gode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung von Ernst u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, hierzu 1 Beilage.

Engelhardt

Ab 15. Oktober

nur Engelhardt Vollbier